



UB-Parteitag
am 30.10.2015

SPD Duisburg

ANTRAG	A 1
ANTRAGSTELLER	Unterbezirksvorstand
ADRESSAT	SPD Landtagsfraktion, SPD Bundestagsfraktion, SPD Ratsfraktion
BETREFF	Wohnungsbedarf in Deutschland

1 Der UB-Parteitag möge feststellen und beschließen:
2

3 Der Wohnungsbedarf in Deutschland steigt. Deshalb fordern wir dazu auf, mehr
4 bezahlbaren und qualitativ guten Wohnraum zu schaffen. Die Bundes- und
5 Landesregierung muss durch die richtigen Rahmenbedingungen dafür Sorge tragen,
6 dass Wohnungsnot bis hin zu Obdachlosigkeit vermieden wird. Die ersten Schritte
7 seitens der Bundes- und Landesregierung, die Förderkonditionen für den sozialen
8 Mietwohnungsbau noch einmal deutlich zu verbessern und Bauvorschriften für
9 Investoren und Kommunen effizienter zu gestalten, gehen in die richtige Richtung. Die
10 Verantwortlichen in Bund, Land und Kommunen müssen darauf achten, dass der neu
11 entstehende Wohnraum allen zugutekommt, die darauf angewiesen sind.
12

13

14 **Begründung:**
15

16 Lebenswerte und sozial ausgeglichene Städte und Gemeinden sind die Grundlage für
17 den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Eine nachhaltige und sozial
18 gerechte Stadtentwicklungspolitik wirkt dem Auseinanderdriften in reiche und arme
19 Wohnviertel entgegen. Ebenfalls darf es kein Ausspielen von Bevölkerungsgruppen
20 geben, die bei einem zu knappen Wohnungsangebot in Konkurrenz stehen könnten.
21 Dafür macht sich die SPD auf allen politischen Ebenen stark. Duisburg profitiert seit
22 Jahren von Förderprogrammen von Bund und Land, die eine städtebauliche sozial
23 ausgewogene Entwicklung der Stadt unterstützen.
24

25 Die Ausweitung der Förderprogramme und die bisher getroffenen Maßnahmen, z.B. die
26 Ausweitung der Tilgungsnachlässe und die Erleichterung bauordnungsrechtlicher
27 Vorgaben, werden als sachgerecht und zielführend ausdrücklich begrüßt.
28

29 Bei der adäquaten Unterbringung der zu uns kommenden Menschen stehen alle vor
30 einer großen Herausforderung, die auch bei der Frage der Integration eine wesentliche
31 Rolle spielen wird. Momentan funktioniert die Vermeidung von Obdachlosigkeit nur, wenn
32 man -wie auch in Duisburg- auf alle verfügbaren Immobilien zurückgreift, die kurzfristig
33 eine Unterbringung ermöglichen. Abgesehen von dem derzeitigen Krisenmodus, wird es
34 zukünftig darauf ankommen, bei der Neuschaffung von Wohnraum darauf zu achten,
35 dass in Städten wie zum Beispiel Duisburg keine sozialen Brennpunkte entstehen. Jetzt
36 schon besonders strapazierte Stadtteile und Nachbarschaften, in denen deshalb mit
37 Förderprogrammen wie „Soziale Stadt - NRW“ die Stadterneuerung unterstützt wird,
38 dürfen nicht überbeansprucht werden. In Duisburg muss einem möglichen Mangel an
39 bezahlbarem Wohnraum ebenso entgegen getreten werden wie drohenden Leerstand.

40 Die Duisburger Kommunalpolitik hat unter breiter Bürgerbeteiligung mit dem Projekt
41 Duisburg 2027 die Grundlage gelegt, perspektivisch neue Wohn- und Gewerbeflächen
42 auszuweisen. Mit dieser Stadtentwicklungsstrategie soll die Wohn- und Lebensqualität
43 für die Menschen weiter gesteigert werden. Die nachhaltige Verbesserung und
44 Anpassung des Wohnumfeldes an neue Gegebenheiten bleibt eine andauernde
45 Aufgabe. Im Rahmen von Duisburg 2027 werden einige neue Wohnbauflächen,
46 insbesondere im Duisburger Süden und Westen entstehen. Aber für den
47 Wirtschaftsstandort Duisburg ist auch die Ausweisung neuer Gewerbeflächen wichtig, um
48 neue Unternehmen und damit Arbeitsplätze in die Stadt zu holen. Dabei kommt es auf
49 einen vernünftigen Interessenausgleich an.

50
51 Es sind jetzt zusätzliche Fördermöglichkeiten geschaffen worden, die den
52 Wohnungsneubau durch private Investoren und kommunale Wohnungsunternehmen
53 beschleunigen soll. Denn sowohl für die Menschen, die in größerer Zahl bei uns bleiben
54 werden, als auch für die bereits hier lebenden Bürgerinnen und Bürger ist neuer
55 Wohnraum notwendig. Hier ist das Engagement der Bau- Wohnungswirtschaft auch in
56 Duisburg gefragt, diese Impulse aufzunehmen.

57
58 Klar ist, dass die Neubaustandards dem bewährten Niveau im Rahmen der Förderung
59 des mietpreisgebundenen Wohnraums entsprechen müssen. Es wird keine Abstriche
60 hinsichtlich des Brandschutzes oder der Gefahrenabwehr geben. Es gilt zugleich das
61 wohnungswirtschaftliche Kriterium der Nachhaltigkeit, was die Folgenutzung des
62 Wohnraums angeht. Ziel ist es, dauerhaft gute Wohnqualität zu günstigen Preisen in
63 unseren Städten und Gemeinden anzubieten. Die neu entstandenen Wohnungen
64 verbessern langfristig zum einen die Unterbringungssituation für Flüchtlinge und
65 Asylbewerber und zum anderen das Wohnangebot in den Kommunen insgesamt.

66
67 Mit dem Maßnahmenpaket zur Investitionsförderung im Sozialen Wohnungsbau wird der
68 richtige Weg eingeschlagen. Die erhebliche Ausweitung der Tilgungsnachlässe im
69 Rahmen der Förderung von Mietpreis gebundenem Wohnraum – sogar auch
70 rückwirkend für 2015 –, die Erleichterungen im Baurecht und die neue Förderfähigkeit
71 von Beratungsleistungen für Investoren sind wichtige Bausteine, um die soziale
72 Wohnraumförderung zu stärken.

73
74 Die Durchleitung der zusätzlichen Bundesmittel für den Sozialen Wohnungsbau zeigt,
75 dass Bund, Land und Kommunen zusammenstehen bei den Anstrengungen für eine
76 sozial orientierte Wohnraumversorgung. Bei dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe
77 müssen alle, der Staat, die Bau- und Wohnungswirtschaft, aber auch private Investoren
78 ihren Beitrag leisten.

79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90 Angenommen:
91 Abgelehnt:
92 Überwiesen an: